

Norman Paech: Deutsche Nahost-Politik

Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert.

Berlin 13., 14. Dezember 2013

Schwerpunkt dieser Konferenz über deutsche Außenpolitik ist auf zwei Themen gelegt worden, die den Zielen der Außenpolitik, Frieden zwischen den Staaten und Völkern herzustellen und zu bewahren, diametral entgegen stehen: „Waffenexport“ und „Drohnen“, die neuen Waffen für den Krieg. Sie ressortieren eher in den Ministerien für Wirtschaft und Verteidigung, wo sie auch derzeit „verwaltet“ werden. Sie bestimmen jedoch gegenwärtig die außenpolitische Diskussion, in der es um die Beteiligung der Deutschen an den zahlreichen kriegerischen Konflikten in Afrika und dem Nahen- und Mittleren Osten geht. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Wer über Waffenexport und den Einsatz von Drohnen redet, darf über den Nahen Osten nicht schweigen. Denn dorthin, wo der Frieden am stärksten gefährdet ist, gehen die spektakulärsten Waffenexporte (Saudi-Arabien, Israel), dort werden auch die fortgeschrittensten, kriegstauglichen Drohnen hergestellt und eingesetzt (Israel, Palästina). Die Bundeswehr ist an diesen Drohnen genauso interessiert wie die deutsche Rüstungsindustrie. Noch ist ihr Einsatz umstritten, die beiden Ministerien aber plädieren dafür.

Die deutsche Außenpolitik hat eine Vielzahl offener und dringender Fragen zu beantworten, die sich aus ihrer Stellung in der EU und dem Verhältnis zu den Nachbarstaaten der EU ergeben, aber auch zu Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie aus ihren weltweiten Rohstoff- und Handelsinteressen und damit zu zahlreichen Staaten Afrikas und Asiens ergeben. Doch aktuell sind keine Probleme dringender für die deutsche Politik als die gefährliche Situation im Nahen und Mittleren Osten, von der Türkei bis zum Iran und darin insbesondere in Israel und Palästina.

Es gibt eine breite Übereinstimmung von Netanjahu über Obama bis Merkel und die Partei DIE LINKE in zwei Aussagen zum Palästinakonflikt: 1. Israels Existenz darf nicht gefährdet werden und 2. Es muss einen unabhängigen palästinensischen Staat geben. Beide Aussagen folgen unmittelbar aus der sog. Teilungsresolution der Vereinten Nationen im Jahr 1947, die aber zumindest in ihrer zweiten Aussage immer noch unerfüllt ist. Und nichts lässt in der realen Politik Israels, der USA und der EU die Hoffnung aufkeimen, dass es in naher Zukunft einen unabhängigen, souveränen und gleichberechtigten Staat Palästina geben wird. Im Gegenteil, diese Staaten haben alles gefördert, was diese Perspektive untergräbt.

Wir haben einen Staat Israel, in dem seit 1967 ein latenter bis offener Bürgerkrieg und ein besonderes System der Apartheid für die palästinensische Bevölkerung herrschen. Regelmäßig berichtet die UNO über gezielte Tötungen, Verletzung der Menschenrechte und Menschenwürde, Kriegsverbrechen und alltägliche Diskriminierungen. Ein Kriegszustand, der nicht nur die Palästinenser in einem Zustand unerträglicher Besatzung hält, sondern auch die israelische Gesellschaft als Besatzungsmacht schwer belastet. Ihr permanentes Gefühl der Bedrohung und ihre Angst vor den Nachbarn folgen gerade aus diesem für beide Seiten gewalttätigen und rechtswidrigen Zustand der Besatzung.

Trotz immer wieder neu aufgelegter sogenannter Friedensprozesse hat die israelische Regierung niemals in ihrer Siedlungspolitik innegehalten und stets ihre Versprechen zu einem Siedlungsstopp gebrochen. Diese Politik ist Landraub mit dem erklärten Ziel der Annexion,

wie sie erst kürzlich Wirtschaftsminister Naftali Bennett wieder verkündet hat. Ob die Errichtung der Mauer und des Sperrzaunes oder der Abriss palästinensischer Häuser und die Erklärung von palästinensischem Territorium zu militärischer, archäologischer oder Park-Nutzung, das Ziel ist dasselbe, Annexion des Landes und Vertreibung der Bevölkerung. Die Regierungen der USA und der EU haben diese Politik wiederholt als rechtswidrig kritisiert, aber ohne Konsequenzen daraus zu ziehen. Sie haben sie geduldet und faktisch akzeptiert. Die israelische Regierung weiß, dass ihre Obstruktion jeder Friedensperspektive und die forcierte Annexion palästinensischen Landes keine Sanktionen nach sich ziehen werden. Sie wird sogar dadurch unterstützt, dass der Antrag der PLO auf Aufnahme Palästinas in die UNO von der atlantischen Koalition abgeblockt und selbst der Beitritt Palästinas zu einem technischen internationalen Vertrag wie das Olivenabkommen durch Deutschland und Großbritannien verhindert wird. Die Begründung für das Veto, dass der Friedensprozess nicht gestört werden solle, klingt wie Hohn. Denn alle öffentlichen Versicherungen und Bekenntnisse zu einer Zwei-Staaten-Lösung entbehren nicht nur einer realen politischen Grundlage, sondern entpuppen sich immer wieder als grobe Täuschungen.

Statt eines jüdischen Staates – das erklärte und offensichtlich von den westlichen Regierungen akzeptierte Ziel israelischer Politik – präsentiert sich Israel gegenwärtig als ein multireligiöser Staat, in dem die Muslime demographisch sogar die Mehrheit bilden, aber nicht entfernt die gleichen Rechte wie die Juden im Staate haben. Aus diesem „Ein-Staat-Gebilde“ einen jüdischen Staat zu machen, wird die Vertreibung und Entrechtung der muslimischen Bevölkerung zur notwendigen Folge haben. Für einen Staat, der von sich behauptet, die einzige Demokratie im Nahen Osten und ein Rechtsstaat zu sein, ist das das Signal, sich von diesem Anspruch zu verabschieden. Jüdischer Staat oder Demokratie und Rechtsstaat – beides zusammen geht nicht. Besetzung verträgt sich weder mit der „Ein-Staat“- noch der „Zwei-Staaten“-Lösung. Alle Vorschläge, die nicht die restlose Beseitigung der Besetzung mit enthalten, sind zum Scheitern verurteilt.

Das jüngste Angebot der Europäischen Union vom 16. Dezember, Israel und den Palästinensern den Status einer „speziellen privilegierten Partnerschaft“ mit größeren Hilfspaketen und einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zu verleihen, wird an der Besetzung nichts ändern. Die totale Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von den israelischen Besatzungsbehörden mit all ihren Restriktionen und Schikanen wird dadurch nicht aufgehoben, der Status quo eher verfestigt. Der Ausbau der „privilegierten Partnerschaft“, die Israel schon hat, wird Israels Dominanz über die rudimentären industriellen Ansätze ihres Besatzungsgebietes noch verstärken. Die EU verbreitet erneut die Illusion, einem Volk unter Besatzung durch wirtschaftliche Zuwendungen helfen zu können. Sie kann die Besatzung erträglicher gestalten, mehr nicht. Auch der aus den derzeitigen Vermittlungsbemühungen von Vizepräsident John Kerry durchgesickerte Vorschlag, dass Israel noch mindestens 10 Jahre nach einem Friedensabkommen das Jordantal besetzt halten soll, lässt starke Zweifel darüber aufkommen, wie das Friedensabkommen aussehen soll, welches sich Kerry vorstellt.

Die oft erhobene Mahnung, über die Opfer der Palästinenser nicht die Opfer in Ruanda, Kampuchea, Kongo oder der Zentralafrikanischen Republik zu vergessen, ist berechtigt. Sie provoziert jedoch die Frage, welche Lehren aus diesen humanitären Katastrophen zu ziehen sind und welche von ihnen auf die Situation in Palästina übertragbar/anwendbar sind. Militärische, sogenannte humanitäre Interventionen werden selbst von ihren heftigsten Verfechtern in Palästina ausgeschlossen. Und die Einschaltung des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag oder eines Internationalen Tribunals vor Ort wie in den

genannten Fällen? Es wäre die logische Konsequenz der jahrzehntelangen Bemühungen um eine internationale Strafgerichtsbarkeit und würde den Internationalen Strafgerichtshof von dem Stigma der Einäugigkeit und Parteilichkeit befreien. Aber zu der einseitigen Unterstützung der israelischen Politik gehört auch die Immunisierung ihres Personals gegenüber strafrechtlicher Verfolgung.

So bleibt nur der politische Einfluss, der sehr schnell mit der Frage konfrontiert wird, ob nicht Sanktionen, wie sie gegen Irak, Iran und Syrien praktiziert wurden und immer noch werden, auch gegen Israel eingesetzt werden sollen. Warum keine Sanktionen gegen Israel? Das alte Argument der Erfolglosigkeit von Sanktionen, welches durchaus mit den Beispielen Kuba und Vietnam belegt werden kann, zieht im aktuellen Rahmen des Nah-Osten offensichtlich nicht. Wirksamer ist die Assoziation mit dem Ruf der Nazi "Kauft nicht bei Juden", um jede Diskussion über die „Boykott, Disinvestment and Sanktion“ (BDS) Kampagne zu beenden. Doch zu Recht? Die Kampagne wird in vielen Varianten vertreten und gilt nur, solange sich Israel nicht an das Völkerrecht hält. Sie richtet sich insbesondere gegen den völkerrechtswidrigen Export von Gütern, die in den besetzten Gebieten hergestellt werden, deklariert als israelische Waren. Nach den Regeln der EU ist ein derartiger Export verboten, wird aber vielfach unterlaufen. Der zentrale Einwand gegen Boykottaktionen lautet, sie produzierten im historischen Unterbewusstsein vieler Deutscher eine Wiederholung ihrer unseligen Geschichte des Boykotts jüdischer Geschäfte. Er verkennt und verwischt jedoch die totale Andersartigkeit und Zielsetzung der aktuellen Boykottbewegung. Was 1933 der verbrecherische Auftakt einer gigantischen Vernichtungsaktion war, soll heute dem Schutz der palästinensischen Ökonomie und ihrer Befreiung von einer jahrzehntelangen illegalen Besatzung dienen. Einmal mehr sollte auch hier die Geschichte nicht zur Tabuisierung vollkommen berechtigter Anliegen und legaler Aktionen dienen. Die Möglichkeiten von Regierungen sind zudem grundsätzlich andere, denn sie kaufen nicht nur, sondern liefern auch. So bräute der Stopp der Waffenlieferungen von der Maschinenpistole bis zum U-Boot eine entscheidende Wende in die deutsche Außenpolitik. Ferner sollte die Finanzierung der Besatzungsarmee und des Siedlungsbaus durch die monatliche Überweisung erheblicher Gelder seitens der USA beendet oder zumindest gekürzt werden. Im Dezember 2010 forderte Human Rights Watch die US-Administration auf, ihre 2,75 Milliarden Dollar, die sie Israel jährlich überweist, um die 1,4 Mrd. Dollar zu kürzen, mit denen Israel den Siedlungsbau in den Palästinensergebieten jährlich subventioniert. Erst jüngst haben die USA und Israel einen neuen Vertrag über Militärhilfe in der Höhe von 40 Milliarden US-Dollar abgeschlossen, die Israel von 2018 bis 2027 erhalten soll. Das Abkommen tritt in Kraft, nachdem der jetzige Vertrag über drei Milliarden US-Dollar pro Jahr (30 Milliarden in zehn Jahren) im Jahr 2017 abgelaufen ist. Nach israelischen Schätzungen geben die Streitkräfte jährlich bis zu 1,3 Mrd. US-Dollar für ihre militärischen Aktivitäten im Westjordanland und Gaza aus.

Nicht selten begegnet die Forderung nach Druck auf die israelische Regierung der Ansicht, dass die Schatten der Geschichte noch zu tief auf der gegenwärtigen Generation lägen, als dass deutsche Politiker in der Lage seien, unbefangen eine Änderung ihrer Politik der Sicherung israelischer Interessen in die Wege zu leiten. Was von allen Berliner Parteien als „unsere Verantwortung“ und Staatsräson akzeptiert wird, schließe eine Frontstellung gegen die israelische Regierung aus. Man solle die Korrektur der Israelpolitik nachfolgenden Generationen überlassen. Mit welchem Recht? Nimmt die Last der Geschichte mit den Generationen ab? Die vergangenen 60 Jahre können für diese Hoffnung nicht herangezogen werden. Wer das Existenzrecht Israels zur obersten Maxime seiner Nah-Ost-Politik macht, sollte die konkreten Konsequenzen daraus ziehen. Dazu gehört zunächst, dass Israel eindeutig und klar seine Grenzen definiert, was es bis jetzt ablehnt und was der Hauptgrund für Hamas

ist, Israel nicht anzuerkennen. Damit verbunden ist die Beachtung des Völkerrechts und der zahlreichen UNO-Beschlüsse, die die Grenzen vorgeben und die Aufhebung der Besatzung seit Jahrzehnten fordern. Es ist nicht einzusehen, inwieweit der Unterstützung dieser Forderungen, die die Sicherung und die friedliche Nachbarschaft der Staaten in der Region zum Ziel hat, die Geschichte des Völkermordes in Europa entgegenstehen sollte. Im Gegenteil, die Verschiebung auf die nächsten Generationen ist unverantwortlich – nicht nur für die Nachkommen, sondern aktuell für die israelische und palästinensische Gesellschaft. Denn die Fortsetzung der Besatzung führt nur zur weiteren Eskalation der Auseinandersetzungen, zum periodischen Umschlag in Massaker wie zum Jahreswechsel 2008/2009 und zur Destabilisierung der gesamten Region.

Bleibt die Frage, ob Deutschland derzeit die politischen Voraussetzungen mitbringt, auf eine israelische Regierung derart starken Einfluss zu nehmen? Wer sich in den politischen Analysen und Äußerungen zur deutschen Außenpolitik umhört, vernimmt fast unisono den Ruf nach Führungsstärke und mehr Einfluss auf der internationalen Bühne, nach Umsetzung der wirtschaftlichen Stärke in politische Macht und Akzeptanz der von den anderen Staaten erwarteten Führungsrolle Deutschlands. Dass sich die deutschen Regierungen in der Tat mehr Handlungsspielraum in internationalen Konflikten nehmen können, hat ihre Zurückhaltung bei den Interventionen in Irak und Libyen sowie jetzt gegenüber Syrien und den französischen Erwartungen einer Beteiligung an den Interventionen in Mali und der Zentralafrikanischen Republik gezeigt. Die Bündnispflichten aus NATO oder EU lassen allen Regierungen erhebliche Souveränitätsräume für eigene außenpolitische Initiativen und Konzepte unabhängig von den anderen Mitgliedstaaten. Der Gleichschritt, in dem Berlin mit den USA, Großbritannien und Frankreich die Sanktionspolitik gegen Iran betreibt, täuscht über die Grenzen der Selbständigkeit, welche der Bundesrepublik faktisch gesetzt sind. Bekannt ist jedoch, dass es gerade die Bundesregierungen waren, die europäische Ansätze zu einem stärkeren Druck auf Israel abgeblockt haben. Der Widerstand gegen eine Umorientierung der Berliner Nah-Ost-Politik kommt nicht von außen aus dem Bündnis, welches der deutschen Politik Fesseln anlegt. Er kommt von innen, aus der Überkompensation eines immer noch nicht verarbeiteten Schuldgefühls aus der deutschen Geschichte. Es ist Psychologie nicht Politik, die die deutschen Regierungen bisher an jede israelische Regierung gleich welcher Richtung und ihre Besatzungspolitik gekettet hat.

Es wird jedoch höchste Zeit, diese inneren Widerstände abzubauen. Die „Verantwortung für Israel“ befindet sich schon lange in der Sackgasse eines permanenten Bürgerkrieges ohne realistische Perspektive auf einen Frieden. Sie ist umgekippt hat sich verkehrt in die Verantwortungslosigkeit gegenüber der politisch, rechtlich und menschlich untragbaren Situation eines ganzen Volkes, welches seiner Identität beraubt und in seiner Existenz gefährdet wird. Stellen wir die „Verantwortung für Israel“ vom Kopf auf die Füße: Israel wird erst dann in seiner Existenz gesichert und unangreifbar sein, wenn das palästinensische Volk von der Besatzung befreit seine eigene Zukunft unabhängig bestimmen kann.